

**BUNDESMINISTER**

für Gesundheit, Sport und Konsumentenschutz  
DR. MICHAEL AUSSERWINKLER

II - 4/74 der Beilagen zu den Sitzungsprotokollen  
des Nationalrates ... Legislationsperiode

A-1031 Wien, Radetzkystraße 2  
Telefon: 0222/711 72  
Teletex: 322 15 64 BMGSK  
DVR: 0649856

GZ 114.140/95-I/D/14/a/92

Herrn  
Präsidenten des Nationalrates  
Dr. Heinz FISCHER

Parlament  
1017 Wien

3293 IAD

1992 -09- 07

zu 3329 I

31. AUG. 1992

Die Abgeordneten zum Nationalrat Mag. Guggenberger, Dr. Müller, DDr. Niederwieser, Strobl und Genossen haben am 10. Juli 1992 unter der Nr. 3329/J an mich eine schriftliche parlamentarische Anfrage betreffend Mitfinanzierung der Rettungsorganisationen durch die private Versicherungswirtschaft gerichtet, die folgenden Wortlaut hat:

- "1. Aus welchem Grund ist bisher die Einbeziehung der privaten Versicherungswirtschaft in die Verhandlungen zur finanziellen Absicherung der Rettungsorganisationen unterblieben?
2. Werden Sie im Sinne der Entschließung des Nationalrates auch die private Versicherungswirtschaft in diese Verhandlungen miteinbeziehen?
3. In welcher Weise werden Sie sonst dafür sorgen, daß auch die private Versicherungswirtschaft ihren Beitrag zur finanziellen Absicherung der Rettungsorganisationen leistet?"

Diese Anfrage beantworte ich wie folgt:

Zu den Fragen 1 bis 3:

Die Entschließung des Nationalrates vom 3. Dezember 1991 sieht vor, daß neben den Bundesländern, Gemeinden und Sozialversicherungsträgern auch die private Versicherungswirtschaft in Gespräche über eine möglichst optimale finanzielle Absicherung der Aufgaben der anerkannten Rettungsorganisationen einbezogen werden soll.

-2-

Wie bereits in der Beantwortung der parlamentarischen Anfrage Nr. 2921/J vom 7. Juli 1992 ausgeführt, habe ich gemeinsam mit dem Bundesminister für Föderalismus und Verwaltungsreform eine Arbeitsgruppe unter Einbeziehung jener Einrichtungen und Institutionen, die ganz wesentlich für die Finanzierung auch in Zukunft verantwortlich sein werden, eingesetzt.

Im Rahmen dieser Arbeitsgruppe wurde zunächst ein Fragenkatalog betreffend Aufgaben und finanzielle Grundlagen der anerkannten Rettungsorganisationen ausgearbeitet.

Die Beantwortung dieses Fragenkataloges ist Voraussetzung für die weitere Tätigkeit der genannten Arbeitsgruppe, um der Entschlie-ßung, wonach die Rettungsorganisationen die finanziellen Grundlagen offenzulegen und Einsicht in die Gebarungsunterlagen zu gewäh-ren haben, tatsächlich entsprechen zu können.

Die Reihenfolge der für die Umsetzung der Entschlie-ßung notwendi-gen weiteren Gespräche der Arbeitsgruppe soll in einem stufenför-migen Verfahren ablaufen. Das bedeutet, daß in einer der nächsten Phasen selbstverständlich auch Vertreter der privaten Versiche-rungswirtschaft in die Verhandlungen miteinbezogen werden. Aller-dings erscheint es hiebei durchaus sinnvoll, bereits auf erste Grundlagen, wie die Klärung der Kompetenzrechtslage, der Festle-gung genauer Begriffsdefinitionen, Vorliegen der ökonomischen Basis der Rettungsorganisationen etc., aufbauen zu können.

